

(Verband der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte.) In der gestrigen Sitzung des Verbandes der bürgerlich freiheitlichen Gemeinderäte berichtete der Obmann Stadtrat Dr. Sein, daß er in der vorletzten Sitzung des Stadtrates einen Antrag eingebracht habe, sich gegen die Einberufung untauglicher Personen richtete, die oft aus wichtigen wirtschaftlichen Funktionen herausgerissen und zu untergeordneten Hilfsdiensten verwendet werden sollen. Die Veröffentlichung dieses Antrages sei zuerst von der Staatsanwaltschaft untersagt, nach einigen Tagen aber freigegeben worden. In der letzten Stadtratsitzung habe Medner gemeinsam mit Stadtrat Hohenjinner eine Stellungnahme des Gemeinderates gegen diese Art der Ausübung der Zensur beantragt. Auf Antrag des Gemeinderates Herold wurde der Obmann beauftragt, namens des Verbandes über die beklagten Unfälle beim Anstellen in der Grobmarkthalle eine Interpellation an den Bürgermeister einzubringen. Gemeinderat Neustadt wurde ermächtigt, über das Vorgehen des Bezirksvorstehers Starb gegen eine bei der Bekleidungsstelle des 9. Bezirkes angestellte jüdische Comptoiristin eine Interpellation zu überreichen. Gemeinderat Melcher besprach eingehend die Anträge des Wohnungsfürsorgeausschusses und wies nach, daß er schon vor dem Kriege eine Reihe von Anträgen eingebracht habe, deren rechtzeitige Annahme eine wesentliche Besserung der Wohnungsverhältnisse herbeigeführt hätte. In einer lebhaften Debatte wurde auf die bisherigen Versäumnisse auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge hingewiesen. Nach einer Erörterung über die bestehende Fleischnot und die Regelung des Fleischbezuges sowie über die Errichtung einer städtischen Brodfabrik wurde die Sitzung geschlossen.